
Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

9 Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses

Vom 5. bis 14. März kamen in Beijing die Delegierten des X. Nationalen Volkskongresses (NVK) zu ihrer Jahrestagung zusammen. Für die knapp 3.000 Abgeordneten des NVK stand neben dem Regierungsbericht des Ministerpräsidenten Wen Jiabao vor allem die Verabschiedung des Antizezessionsgesetzes und die Wahl von Staats- und Parteichef Hu Jintao zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der Regierung im Vordergrund. Darüber hinaus bildeten die Arbeitsberichte des Ständigen Ausschusses des NVK, der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, des Staatsrates, des Ständigen Ausschusses des NVK, des Obersten Volksgerichtshofes und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft sowie die Wahl neuer Mitglieder des Ständigen Ausschusses des NVK weitere Punkte auf der Tagesordnung.

Bemerkenswert ist, dass in diesem Jahr einige der zu diskutierenden Themen bereits im Vorfeld über die Medien bekannt gegeben worden waren. So fanden sich sowohl in der nationalen als auch internationalen Presse zahlreiche Analysen zum geplanten Antizezessionsgesetz, das bereits im Dezember vom Ständigen Ausschuss des NVK angekündigt worden war (vgl. C.a., 2004/12, Ü 10) und zum zentralen Thema der Berichterstattung wurde. Nach intensiven Diskussionen und einzelnen Änderungen verabschiedeten die Delegierten den Entwurf des Antizezessionsgesetzes schließlich am 11. März mit „überwältigender Mehrheit“; wie staatliche Medien meldeten, mit 2.986 Ja-Stimmen und nur zwei Enthaltungen. Das Weißbuch zur regionalen Autonomie ethnischer Minderheiten erschien ebenso im Vorfeld der Jah-

restagung Ende Februar. Da beide Themen separat in Fokusanalysen und der unten stehenden Dokumentation behandelt werden, wird im Folgenden primär auf die vollständige Machtübernahme des Staats- und Parteichefs Hu Jintao und den Regierungsbericht des Ministerpräsidenten Wen Jiabao eingegangen.

Die nun gänzliche Machtübernahme Hu Jintaos vollzog sich durch seine Wahl zum Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission der Regierung, die er mit 2.886 Stimmen bei immerhin sechs Gegenstimmen und fünf Enthaltungen gewann. Zwar handelt es sich um dasselbe Organ, das mit denselben Personen besetzt ist, nominal ist es aber in eine Zentrale Militärkommission der KPCh und in eine Zentrale Militärkommission auf Seiten des Staatsrats gespalten, um dem konstitutionellen Anspruch einer formalen Trennung von Partei und Staat gerecht zu werden. Nachdem Hu Jintao im November 2002 den Parteivorsitz der KPCh, im März 2003 das Amt des Staatschefs und im September 2004 den Parteivorsitz der Zentralen Militärkommission übernommen hatte, fand mit der Übernahme des Vorsitzes der Zentralen Militärkommission der Regierung nun also der endgültige Generationswechsel in der höchsten Führungsebene der VR China statt.

Der Regierungsbericht Wen Jiabaos stand in diesem Jahr unter dem Zeichen des Reformwillens der Regierung, welcher sich schon allein durch die häufige Benutzung des Wortes „Reform“ zeigt. Wie die staatlichen Medien resümierten, wurde der Begriff 87-mal verwendet. Bei näherer Betrachtung des Regierungsberichts sind allerdings nur wenige Neuerungen im Vergleich zum Vorjahresbericht zu finden. Der Report gliedert sich in drei Teile, in denen die Regierungsarbeit des vergangenen Jahres reflektiert, der Arbeitsplan für das Jahr 2005 vorgestellt und einzelne Kernpunkte der zukünftigen Regierungsarbeit herausgearbeitet wurden. Wie sich schon im letzten Jahr angedeutet hatte, ist auch dieses Jahr eine deutliche Verlagerung der wirtschaftspoli-

tischen Prioritäten zu konstatieren: Zwar wird in dem Bericht weiterhin die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums hervorgehoben, um die sozioökonomischen Herausforderungen, welche aus der Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems resultieren, bewältigen zu können (vgl. C.a., 2004/3, Ü 18). Die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung, die zugleich die Knappheit von Rohstoffen und Energie berücksichtigt, der Ausgleich von regionalen Disparitäten sowie die Förderung der Landwirtschaft und eine allgemeine Verbesserung der Lage für die ländliche Bevölkerung unterstrich Wen allerdings ebenso nachdrücklich (zur neuen Agrarpolitik siehe „Im Fokus“ vorne in diesem Heft). Dass soziale Fragen bei der neuen parteistaatlichen Führung im Vordergrund stehen, hatte Hu Jintao zuletzt im September 2004 auf der vierten Plenartagung des XVI. Zentralkomitees des NVK mit seinem Konzept einer „harmonischen Gesellschaft“ (*xietiao shehui*) deutlich gemacht. Auch dieses Konzept griff Wen Jiabao in seinem Regierungsbericht wieder auf. Hinsichtlich der Regierungsarbeit bemängelte Wen in dem Report erneut die Regierungsschwäche von Kadern, die fehlende Effizienz sowie die grassierende Korruption.

Als Errungenschaften des vergangenen Jahres benannte Wen nicht nur wirtschaftliche Aspekte wie das Erreichen eines Wirtschaftswachstums von 9,5 Prozent und die Steigerung der verfügbaren Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung um 7,7, respektive 6,8 Prozent sowie die Steigerung der Kohleförderungskapazität um 120 Mio. Tonnen, sondern auch sozialpolitische Aspekte wie den Aufbau von Gesundheitszentren zur Krankheitsprävention, die Steigerung der staatlichen Ausgaben für die soziale Sicherung um 18,1 Prozent und die Auszahlung von seit Jahren einbehaltenen Löhnen und Gehältern.

Ein Hauptziel für das Jahr 2005 ist es gemäß dem Bericht, im letzten Jahr des 10. Fünfjahresplans (FJP) (2001-2005) eine solide Grundlage für die Implementierung des 11. FJP

(2006-2010) zu legen. Dazu werde eine „relativ schnelle“ wirtschaftliche Entwicklung, allerdings mit einem angemesseneren Wirtschaftswachstum abgestrebt, das Wen mit 8 Prozent 1,5 Prozentpunkte niedriger als das letztjährige Wirtschaftswachstum bezifferte. Ferner seien makroökonomische Kontrolle und ein „wissenschaftliches Entwicklungskonzept“ (*kezue fazhanguan*) für die weitere Reform- und Öffnungspolitik unerlässlich (vgl. C.a., 2004/1, Ü 7). Mit dieser Äußerung wurde klar, dass die neue Partei- und Staatsführung an der im Vorjahr formulierten neuen Entwicklungsstrategie weiterhin festhalten werde. Als weiteres Ziel nannte Wen die Einheit aller verfügbaren Kräfte, die für die Schaffung eines demokratischen Rechtssystems und einer „harmonischen Gesellschaft“ ebenso wichtig sei, und gute Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung schaffen könne.

Besondere Priorität räumte Wen der weiterhin stabilen und „relativ schnellen“ wirtschaftlichen Entwicklung ein. Neben der makroökonomischen Kontrolle rückte er dabei die Lösung der drei ländlichen Probleme (*san nong wenti*), also der Landwirtschaft, den ländlichen Gebieten und den Bauern, in den Mittelpunkt und ging detailliert auf künftige Maßnahmen ein (zur neuen Agrarpolitik siehe auch „Im Fokus“ vorne in diesem Heft). Darüber hinaus hob er die dringende Notwendigkeit für eine Erhöhung der Energieeffizienz bei der Nutzung von Ressourcen hervor, um die Diskrepanz zwischen den begrenzten natürlichen Ressourcen und dem durch die schnelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Land steigenden Energiebedarf zu bewältigen.

Wirtschaftliche Strukturreformen und die Öffnung der chinesischen Wirtschaft für das Ausland behandelte der Report ausführlich (siehe dazu die Dokumentation in den Rubriken „Außenwirtschaft“ und „Binnenwirtschaft“). Im Zusammenhang mit der Etablierung einer „harmonischen Gesellschaft“, ging Wen auf die angestrebten Bemühun-

gen um eine mittel- und langfristige wissenschaftliche und technische Entwicklung ein, u.a. durch eine alle Bevölkerungsschichten und alle Bildungsniveaus umfassende Ausbildung, um Reformen im Bereich öffentliche Gesundheit sowie um eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die dazu beitragen solle, den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben. Eine Stärkung der Demokratie und des Rechtssystems sowie die Wahrung sozialer Stabilität würden durch politische Umstrukturierungen und eine Verbesserung des demokratischen Verwaltungssystems in den Basiseinheiten angestrebt, so Wen. So rief er die lokalen Behörden dazu auf, juristische Organe bei der Ausübung ihrer Macht unabhängig und im Einklang mit dem Gesetz zu unterstützen. Gleichzeitig versprach Wen, an der Politik der KPCh gegenüber ethnischen Minderheiten weiter festzuhalten, indem regionale Autonomie sowie Gleichheit, Solidarität und gegenseitige Unterstützung gewahrt würden. Bittschriften der Bürger sollen künftig gewissenhaft geprüft werden, so Wen. Dabei dürfe der Ministerpräsident auf die steigende Anzahl von Petitionen angespielt haben, mit denen sich die Bürger im vergangenen Jahr verstärkt um Gehör bei den zuständigen Behörden bemüht hatten. Damit verbanden sie das Ziel, auf Missstände, oftmals in Verbindung mit der Willkür der lokalen Behörden, aufmerksam zu machen und auf ihre Behebung hinzuwirken (vgl. C.a., 2004/1, Ü 11; 2004/11, Ü 11). Gleichzeitig kündigte Wen allerdings an, Probleme mit der öffentlichen Sicherheit „besser“ anzugehen, auch in Bezug auf ihre präventive Vermeidung. Zwar fehlen hier Hinweise auf die konkrete Ausgestaltung, doch lässt sich wiederum eine direkte Reaktion auf die sozialen Unruhen in verschiedenen Landesteilen erkennen, die im Oktober und November 2004 gehäuft aufgetreten waren (vgl. C.a., 2004/10, Ü 12; 2004/11, Ü 11).

Politische Reformen griff der Regierungsbericht auf, indem er sich vornehmlich mit der Regierungsfähigkeit und der Ausbildung eines

„guten politischen Arbeitsstils“ beschäftigte. Im Geiste der vierten Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees der KPCh werde die Reformierung und Verbesserung der Regierungsarbeit durch die Umstrukturierung der Regierungsorgane vollzogen werden. Diese habe die bessere Koordinierung der Regierungsorgane und der administrativen Institutionen zum Ziel, so Wen. Ferner sollen die Aufgaben der Regierungsorgane und der Unternehmen oder intermediären Organisationen nach ihren Funktionen stärker getrennt werden. Bedeutsam für die politischen Reformen in der VR China erscheint, dass Wen in seinem Bericht explizit eine Abkehr von traditionellen Ideen und Praktiken der Planwirtschaft anvisierte und stattdessen Methoden eines „wirtschaftlichen Managements“ propagierte. Dabei forderte er vor allem, bei wirtschaftlichen Entscheidungen den Prinzipien der Marktwirtschaft zu folgen. Die Ankündigung, auf eine dienstleistungsorientierte Regierung hinzuarbeiten und die Regierungsarbeit strikt nach dem Gesetz ausrichten zu wollen, deutet ebenso auf das Ziel, einen „guten politischen Stil“ ausbilden zu wollen.

Zum Abschluss der Rede verwies Wen im Einklang mit dem Kerngedanken des Antisepzessionsgesetzes auf die Stärkung der nationalen Verteidigungskräfte als Garantie für die Sicherheit und Einheit des Landes. Gleichzeitig sei die Zentralregierung an einem weiteren lebendigen personellen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit Taiwan interessiert, um sich so dem Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung zu nähern. Gegenüber den beiden Sonderverwaltungsregionen (SVR) Hongkong und Macau betonte der Bericht, weiterhin an dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ festhalten zu wollen und Austausch und Kooperationen in allen Bereichen künftig weiter stärken zu wollen, so der Regierungsbericht des Ministerpräsidenten.

Gemäß der Bedeutung der Jahrestagung des NVK waren nicht nur im Vorfeld wiederholt hohe Sicherheitsvorkehrungen in der Stadt zu be-

obachten. So berichteten Hongkonger Medien, dass die Sicherheitskräfte mit aller Härte gegen Petitionäre aus den ländlichen Gebieten vorgingen, die ihren Unmut über die Willkür von Kadern bei der Landnahme sowie über Korruption und Entlassungen in Beijing kundtun wollten. Auch wurde berichtet, dass potenzielle Unruhestifter präventiv unter Hausarrest gestellt wurden, so z.B. auch Jiang Yanyong, der Militärarzt, der sich vor zwei Jahren kritisch über den Umgang mit der Lungenseuche SARS und die Informationspolitik der Regierung geäußert hatte und im letzten Jahr eine Neubewertung der Protestbewegung von 1989 gefordert hatte. (vgl. C.a., 2003/4, Ü 10; 2004/3, Ü 7). Insgesamt unterschied sich die diesjährige Praxis allerdings nicht von der der Vorjahre.

Stand im vergangenen Jahr die Abgrenzung der neuen Staats- und Parteiführung vom Kurs der Vorgängerregierung mittels neuer Akzente wie der Betonung sozioökonomischer Prioritäten im Vordergrund, so lässt sich im diesjährigen Bericht vor allem die Kontinuität des angestrebten Kurses erkennen. Beim Thema politische Reformen weist der diesjährige Regierungsbericht kaum eine Veränderung auf. Lediglich das explizite Eingehen auf das Petitionssystem und die sozialen Unruhen im Herbst 2004 können als konkrete Neuerung in dem Regierungsbericht gewertet werden. (Xinhua, 22.2., 4., 9., 12., 14.3.05, nach BBC PF, 25.2., 5., 10., 13., 15.3.05; XNA, 3.2., 14.3.05; RMRB, 3., 9.3.05; MB web site, 1.3., nach BBC PF, 5.3.05; *Ping Kuo Jih Pao* web site, 4.3.05, nach BBC PF, 5.3.05; ST, 28.2., 14.3.05; WSJ, 14.3.05; NZZ, 3., 8., 15.3.05; FAZ, 1.3.05; HB, 7.3.05) -kw-

10 Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz

Nahezu zeitgleich zur Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) fand vom 3. bis 12. März die Jahrestagung der X. Politischen

Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt.

Vorgegeben durch die Thematiken des NVK beschäftigten sich rund 2.200 Delegierte der PKCV als Beratungsgremium erwartungsgemäß vorrangig mit dem Regierungsbericht und dem Antisezessionsgesetz. Daneben legte der Vorsitzende der PKCV, Jia Qinglin, den Arbeitsbericht des Ständigen Ausschusses des Nationalkomitees der PKCV vor. Dabei betonte er, wie Ministerpräsident Wen Jiabao, die Bedeutung des Jahres 2005 als letzte Gelegenheit, die Vorgaben des 10. Fünfjahresplanes (FJP) zu realisieren und eine Basis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung während des 11. FJP zu schaffen.

Darüber hinaus wählten die Delegierten auf der Jahrestagung sowohl neue stellvertretende Vorsitzende als auch neue Mitglieder der PKCV. Zu den 80 neuen Mitgliedern zählen u.a. auch neun Delegierte aus der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong sowie zwei aus der SVR Macau. Die umfassendsten Reaktionen resultierten dabei aus der Wahl Tung Chee-hwas, des Regierungschefs der SVR Hongkong, da sie dessen bevorstehenden Rücktritt als Regierungschef der SVR signalisierte. Dieser wurde wenige Tage später offiziell bestätigt und stürzte die SVR in der Folge in eine neue Verfassungskrise (siehe „Im Fokus“ vorne in diesem Heft). (RMRB, 3.3.05; XNA, 2.3.05; Xinhua, 3., 12.3.05, nach BBC PF, 4., 5., 13.3.05) -kw-

11 Neue Vorschriften für die Arbeit des Staatsrats

Wie am 21. Februar in den staatlichen Medien bekannt gegeben wurde, hat der Staatsrat eine revidierte Fassung der „Vorschriften für die Arbeit des Staatrats“ (*Guowuyuan gongzuo guize*) verabschiedet, die damit insgesamt stärker „wissenschaftlichen und demokratischen“ Kriterien genügen sollten. Wesentliche Inhalte der revidierten Vorschriften wurden in der Presse zusammengefasst.

Neben allgemeinen Normen ideologischer Orientierung wie den Formeln der „Dreifachen Repräsentation“, der Volksnähe, der Stärkung der Regierungskapazität und des sozialistischen Rechtsstaats finden sich die konkretesten Hinweise auf faktische Neuerungen im Bereich ministerialbürokratischer Entscheidungsverfahren.

Grundsätzlich sollen alle Staatsratsorgane im Sinne „sozialistischer demokratischer Politik“ die Meinung der Bevölkerung sowie die Expertise einschlägiger Fachleute stärker als bisher in ihre Entscheidungsprozesse einbeziehen und eine breitere gesellschaftliche Abstimmung wichtiger politischer Entscheidungen durch die Konsultation mit „demokratischen Parteien“, Massenorganisationen und zuständigen Experten suchen. Politische Themen von nationaler Relevanz wie die jährlichen Wirtschafts- und Sozialpläne, der Staatshaushalt, grundlegende makroökonomische Steuerungs- und Reformmaßnahmen, aber auch große Infrastrukturprojekte müssten jeweils dem gesamten Kabinett zur Diskussion vorgelegt werden. Entscheidungen einzelner Staatsratsorgane bzw. Abteilungen sollten grundsätzlich auf der Grundlage einschlägiger Studien, strategischer Planungen, rechtlicher Gutachten und Evaluierungen durch externe Experten und Organisationen beruhen. Wo öffentliche Interessen direkt berührt würden, sollten öffentliche Konsultationen, Anhörungen, Bekanntgaben etc. erfolgen. Vom Staatsrat getroffene wichtige politische Entscheidungen müssten von allen Abteilungen konsequent umgesetzt werden.

Ferner werden die Angehörigen aller Staatsratsorgane dazu aufgefordert, sich bereitwillig der Aufsicht durch externe und interne Aufsichtsinstanzen zu stellen. Explizit genannt werden der Nationale Volkskongress und sein Ständiger Ausschuss, die Justizbehörden, die administrative Aufsicht (zur Prüfung der Vereinbarkeit von Erlassen und anderen Dokumenten des Staatsrats mit relevanten gesetzlichen Bestimmungen), das Petitionssystem sowie, an

fünfter und letzter Stelle, die Medien und die öffentliche Meinung.

Schließlich werden verschiedene Normen im sensiblen Bereich des „Arbeitsstils“ und der „Arbeitsdisziplin“ formuliert. Unter anderem sind Angehörige des Staatsrats gehalten, die Zahl der Mitglieder an Delegationsreisen möglichst klein zu halten, keine offiziellen Geleit- oder Empfangskommissionen an Flughäfen, Bahnhöfen und anderen Verkehrsknotenpunkten zu bestellen, keine Einladungen zu feierlichen Banketten auszusprechen oder anzunehmen sowie keine Glückwunschkarten zu versenden oder anlässlich öffentlicher Anlässe kalligraphische Inschriften anzufertigen. Wenn es sich hier scheinbar auch um unbedeutende Details der Regierungsarbeit handelt, dürften sich darin faktisch die größten Herausforderungen für die politische Kultur der Volksrepublik verbergen. (RMRB, 21.2.05; Xinhua, 20.2.05, nach BBC, 24.2.05) -hol-

12 Erstmals Weißbuch zur regionalen Autonomie ethnischer Minderheiten veröffentlicht

Am 28. Februar veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats der Volksrepublik zum ersten Mal ein Weißbuch zur regionalen Autonomie ethnischer Minderheiten (*Zhongguo de minzu quyu zizhi*). Das neue Weißbuch steht damit in der Tradition der Weißbücher zur Minderheitenpolitik, von denen das erste Weißbuch zur „Minderheitenpolitik und ihre reale Praxis“ im September 1999 veröffentlicht worden war, und reiht sich damit in die Folge mehrerer Weißbücher ein, die mit der Erklärung der chinesischen Minderheitenpolitik das Verständnis im Ausland verbessern wollen (vgl. C.a., 1999/9, Ü 12; siehe auch das Weißbuch zur Autonomie Tibets, C.a., 2004/5, Ü 10). Die vorrangige Beschäftigung mit den Autonomierechten der ethnischen Minderheiten macht das jüngst veröffentlichte Weißbuch allerdings einzigartig.

Zusammenfassend zeigt sich die Zentralregierung in dem Dokument mit ihrer Politik zufrieden, ethnischen Minderheiten regionale Autonomierechte zu gewähren. Diese Politik war zwar während der Tagung des ersten Nationalen Volkskongresses 1954 in die Verfassung aufgenommen worden, war faktisch jedoch seit 1947 praktiziert worden. Zugleich gibt es einen Überblick über den Status der Selbstbestimmung der ethnischen Minderheiten in der VR seit mehr als 50 Jahren.

In dem Vielvölkerstaat leben 56 ethnische Gruppen, die von der Zentralregierung als solche anerkannt sind. Während die Han-Bevölkerung die größte Gruppe stellt, werden die restlichen 55 als ethnische Minderheiten bezeichnet. Gemäß den Daten aus der letzten Volkszählung im Jahr 2000 umfassen diese 104,49 Mio. Menschen, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 8,41 Prozent entspricht.

Ziel des Weißbuchs ist es, ein Bild der harmonischen Koexistenz aller ethnischen Gruppen in der VR China zu zeichnen, welches dem durch westliche Medien vermitteltem Bild gegenübersteht. Dieses spricht im Gegenzug vornehmlich von einer von der parteistaatlichen Führung erzwungenen Koexistenz. Zudem wird bereits im Vorwort die Bedeutung der betriebenen Politik hervorgehoben, die sich in der Verbesserung von Gleichberechtigung (*minzu pingdeng*), der Einheit (*tuanjie*) und der gegenseitigen Unterstützung der verschiedenen Ethnien (*hubang de guanxi*) zeige, sowie wichtig für die nationale Einheit (*guojia tongyi*) und die Beschleunigung des Entwicklungsprozesses (*zujin jinbu*) in den regionalen Autonomiegebieten sei.

Das Dokument gliedert sich in fünf Kapitel und einen Anhang, in dem grundlegende Fakten über die 155 autonomen Gebiete ethnischer Minderheiten in der VR, wie die Daten ihrer Gründung, die Größe ihrer geographischen Flächen und die Bevölkerungszahl, zusammengestellt sind. Die ersten beiden Kapi-

tel befassen sich mit der Geschichte des chinesischen Staates und dem Konzept der Einheit aller 56 Ethnien, das auf die Herrschaft der Qin-Dynastie (221-206 v. Chr.) zurückgeht. Diese hatte erstmals die Bevölkerungsgruppen verschiedener Ethnien in einem Zentralstaat vereint. Des Weiteren wird die Gründung autonomer Regionen nach bzw. kurz vor der Gründung der Volksrepublik 1949 und deren politischer Status beschrieben.

In den Kapiteln drei bis fünf wird eingehend die Ausprägung des Selbstbestimmungsrechts der ethnischen Minderheiten behandelt. So verfügen alle autonomen Gebiete über unabhängige Verwaltungsorgane in den autonomen Regionen, Präfekturen und Kreisen. Eigenständige rechtliche Vorschriften seien ebenso vorzufinden wie Selbstbestimmungsrechte bei der Sprache, der Religionszugehörigkeit und -ausübung, aber auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Bildung und der Wissenschaft. Ferner stellt das Weißbuch die Unterstützung der Zentralregierung für die ethnischen Autonomiegebiete heraus. So sei durch die Entwicklungsstrategie Westchinas vor allem die Situation der Autonomiegebiete in den Bereichen Infrastruktur, Umweltschutz, Bildung, medizinische Versorgung und wirtschaftliche Integration verbessert worden. Zum Abschluss des Weißbuchs werden nochmals detailliert die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften in den autonomen Gebieten geschildert; beispielsweise hätte sich im Zeitraum von 1994 bis 2003 der Anteil der autonomen Gebiete am nationalen BIP um 0,4 Prozentpunkte auf nun 8,9 Prozent erhöht, und das verfügbare Einkommen der ländlichen Bevölkerung habe sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt.

Im Fazit sieht sich die Zentralregierung aufgrund der enormen Erfolge in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in ihrer Politik bestätigt, ethnischen Minderheiten regionale Autonomierechte zu gewähren, und kündigt gleichzeitig deren Fortführung an.

Dass die Veröffentlichung des Weißbuchs zu den Autonomierechten der ethnischen Minderheiten mit dem fünften Jahrestag der Implementierung der Entwicklungsstrategie Westchinas zusammenfiel, dürfte kein Zufall gewesen sein (siehe Dokumentation unten). Gleichzeitig dürfte das Weißbuch auch als Signal in Richtung der Unabhängigkeitsbestrebungen Tibets und uighurischer Separatisten in der Autonomen Region Xinjiang gewertet werden, hatte es doch eindringlich die sozioökonomischen Vorteile einer Anerkennung der Zentralregierung vor Augen geführt und gleichzeitig das funktionierende Modell eines vereinigten Landes mit regionalen Autonomiegebieten vorgestellt. (XNA, 28.2.05; RMRB, 1.3.05; RMRB online, 1.3.05, nach BBC PF, 3.3.05; WSJ, 28.2.05; ST, 5.3.05, nach BBC PF, 8.3.05) -kw-

13 Einseitige Annäherung des Dalai Lama im Tibet-Konflikt

In einem in der Hongkonger *South China Morning Post* veröffentlichten Interview hat sich der Dalai Lama in beispiellos deutlicher Weise von Forderungen nach einer Unabhängigkeit Tibets distanziert, wie sie in der internationalen Presse häufig mit seiner Person assoziiert worden sind.

Das Interview wurde Mitte März in Dharamsala, dem Sitz der tibetischen Exilregierung, von Laurence Brahm aufgezeichnet, der allgemein als Beijing-freundlicher Autor und Filmemacher gilt. Wenige Tage zuvor hatte der Dalai Lama anlässlich des Jahrestags des misslungenen Aufstands in Tibet am 10. März 1959 die chinesische Führung noch wegen andauernder Menschenrechtsverletzungen, undemokratischer Aktivitäten, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und der diskriminierenden Umsetzung der Autonomierechte für ethnische Minderheiten, unter anderem in Tibet, kritisiert. Zugleich hatte er bei dieser Gelegenheit aber auch betont, dass er bei seinem Ansatz eines „mittleren Wegs“ bleiben und nicht für

eine Unabhängigkeit Tibets eintreten werde, solange er für die Angelegenheiten Tibets verantwortlich sei. Aussagen wie diese dürften sich nicht nur an die Adresse Beijings, sondern immer auch an die der exiltibetischen Gemeinschaft richten, innerhalb derer offenbar ein zunehmend scharfer Konflikt zwischen moderaten und radikalen Kräften ausgetragen wird. Letztere, zu denen auch der Tibetische Jugendkongress zählt, befürworten weiterhin energisch die Unabhängigkeit Tibets und lehnen kompromissbereite Verhandlungstaktiken gegenüber Beijing strikt ab.

Im Vergleich zu dieser Position, aber auch zu eigenen früheren Positionen überraschte der Dalai Lama in dem Interview mit Laurence Brahm durch eine äußerst akkommodierende Haltung. So zitierte ihn die *South China Morning Post* mit den folgenden Aussagen: „This is the message I wish to deliver to China. I am not in favour of separation. Tibet is a part of the People’s Republic of China. It is an autonomous region of the People’s Republic of China. Tibetan culture and Buddhism are part of Chinese culture. [...] As the material development of China moves forward we gain materially [...]. Tibet is underdeveloped and materially backwards. We want modernization. So for our own interest, we are willing to be part of the People’s Republic of China, to have it govern and guarantee to preserve our Tibetan culture, spirituality and our environment. But we can contribute to the spiritual side of China [...]“ (SCMP, 14.3.05). Wie Brahm erläutert, habe ein offizieller Sprecher der tibetischen Exilregierung nachgetragen, dass der Dalai Lama nur noch in religiösen und kulturellen Angelegenheiten Autonomie fordere, nicht länger aber in politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Fragen.

Sofern ausgeschlossen werden kann, dass es sich bei der Interviewwiedergabe um eine persönlich gefärbte und empathisch ergänzte Aufzeichnung Laurence Brahms handelt, scheint mit diesen Äußerungen in der Tat ein neuerliches ein-

seitiges Friedensangebot des Dalai Lama an die chinesische Seite vorzuliegen. Wie bereits zuvor legte der inzwischen 69-Jährige nahe, Beijing möge seine verbleibende Lebensspanne für konstruktive Verhandlungen nutzen, da nach seinem Ableben nicht gewährleistet werden könne, dass die tibetische Bevölkerung bei ihrer friedlichen Haltung bleibe: „As long I am there I can make Tibetans calm. If I am not there, I do not know what will come. The Chinese government should use common sense rationally, not look at things with narrow perspective“ (ebenda).

Die chinesische Seite reagierte auf diese Äußerungen in gewohnter Schroffheit. Liu Jianchao, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, gab am Tag nach der Veröffentlichung des Interviews bekannt, der Dalai Lama müsse sich, falls er die Beziehungen zur chinesischen Zentralregierung tatsächlich verbessern wolle, von der Position tibetischer Unabhängigkeit „wahrhaftig“ lossagen, alle separatistischen Aktivitäten aufgeben und sich öffentlich dazu bekennen, dass Tibet und Taiwan untrennbare Bestandteile der Volksrepublik China seien und dass die Regierung der VR China die einzig rechtmäßige Regierung Chinas sei. (Xinhua, 15.3.05, nach BBC PF, 16.3.05)

Offensichtlich zieht die chinesische Führung der Aufnahme von Verhandlungen eine Aufrechterhaltung des Status quo vor. Dieser erlaubt ihr, oppositionelle Kräfte außerhalb Tibets zu ignorieren bzw. auf ihre Schwächung durch interne Konflikte zu hoffen, separatistische Kräfte innerhalb Tibets zu kontrollieren und ansonsten auf eine Befriedung der Mehrheit der tibetischen Bevölkerung qua wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung zu setzen. Wie nicht zuletzt die jüngsten Äußerungen des Dalai Lama vermuten lassen, scheint ein wachsender Teil der Tibeter die Annehmlichkeiten materiellen Fortschritts durchaus zu schätzen.

In einem Akt symbolischer Politik hatte die parteistaatliche Führung

erst Anfang Februar ihren Hoheitsanspruch über die Autonome Region Tibet bekräftigt. Anlässlich des tibetischen Neujahrsfestes empfing Staatspräsident Hu Jintao den 14-jährigen Gyaltzen Norbu, der nach offizieller chinesischer Interpretation als Reinkarnation des Panchen Lama, des ranghöchsten Würdenträgers im tibetischen Klerus nach dem Dalai Lama, gilt. Hu Jintao ermahnte den jungen Geistlichen, sein Möglichstes zu tun, um die ruhmreiche patriotische Tradition fortzusetzen und zur Konsolidierung der nationalen Einheit beizutragen. Unter Verwendung religiöser Konzepte ermunterte er ihn auch in spiritueller Hinsicht, seine Selbstkultivierung im Lichte des buddhistischen Ideals der Gleichheit und der Barmherzigkeit mit allen lebenden Kreaturen zu betreiben und sich für die sozialen Bedürfnisse der Menschen einzusetzen. Schließlich forderte er Gyaltzen Norbu auf, für die „Anpassung des tibetischen Buddhismus an die sozialistische Gesellschaft“ zu arbeiten – eine Formel, die das Verhältnis zwischen Religion und Politik klar zugunsten der Letzteren entscheidet. Angesichts der erfolgreichen Installation solcher willfähriger religiöser Vertreter und hegemonialer Rituale mag es aus Sicht der chinesischen Führung als obsolet erscheinen, mit der tibetischen Exilregierung in substantielle Verhandlungen über genuine Autonomierechte zu treten, sei es in religiöser und kultureller oder in ökonomischer und politischer Hinsicht. (SCMP, 14.3.05; RMRB, 4.2.05; Xinhua, 3.2., 15.3.05, nach BBC PF, 4.2., 16.3.05; WSJ, 3.2., 10., 15.3.05) -hol-

14 Korruptionsbekämpfung – ein neuer Anlauf

Dem alljährlichen Ritual kollektiver parteistaatlicher Katharsis entsprechend, wurden im Laufe des ersten Quartals 2005 die Korruptionsstatistiken des zurückliegenden Jahres bekannt gegeben, um diese mit der NVK-Jahrestagung hinter sich zu lassen und geläutert in das neue politische Jahr zu gehen.

Anlässlich verschiedener Tagungen und Berichtsroutinen der Disziplinarkontrollkommission des ZK, des Staatsrats, des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Staatsanwaltschaft wurden unter anderem folgende Korruptionszahlen bekannt: Im Jahr 2004 wurden in 160.602 untersuchten Fällen 164.831 KPCh-Funktionäre parteiinternen Disziplinarmaßnahmen unterzogen, davon 15 auf Minister- bzw. Provinzebene. Von ihnen wurden 4.775 – also nur rund 3% aller Fälle – aufgrund besonders schwerwiegender Vergehen an die Justizbehörden überantwortet. Die Gerichte befassten sich im zurückliegenden Jahr mit insgesamt 24.184 Korruptionsfällen von Regierungsbeamten, eine Zunahme von 5,21% gegenüber dem Vorjahr. Gegen 722 Beamte ergingen Strafurteile, darunter gegen 98 auf Präfektur- und gegen sechs auf Provinz- bzw. Ministerebene. Die Staatsanwaltschaften des Landes ermittelte 2004 in insgesamt 43.000 Fällen wegen Korruption, davon gegen knapp 3.000 „Führungskader“; mehr als 600 Funktionäre wurden gefasst, als sie versuchten, sich ins Ausland abzusetzen.

Ministerpräsident Wen Jiabao nahm sich anlässlich einer Sitzung des Staatsrats zum Thema des „Aufbaus einer sauberen und aufrichtigen Regierung“ Mitte Februar erneut persönlich dem Thema der Korruptionsbekämpfung an. In seinem ausführlichen Redebeitrag, der in den staatlichen Medien in voller Länge abgedruckt wurde, benannte er zunächst die Schwerpunkte der letztjährigen Antikorruptionsarbeit. Im Vordergrund stand dabei die Lösung von Problemen mit besonderer Relevanz für die breite Bevölkerung, wie etwa verspätete oder unzureichende Kompensationszahlungen bei Zwangsentzugnungen von Land, ausstehende Lohnzahlungen an Wanderarbeiter, Beschäftigungsprobleme im Zuge von Unternehmensfusionen oder -konkursen, illegal erhobene Schulgebühren und exzessive Abgaben- und Steuerlasten der ländlichen Bevölkerung. Gezielt vorgegangen sei man außerdem gegen administrative Miss-

brauchspraktiken an der ländlichen Basis sowie gegen Fälle persönlicher Bestechlichkeit von Funktionären im Bereich der Vergabe kommunaler Bauprojekte und Landnutzungsrechte.

In Anlehnung an die Rhetorik des zum Jahreswechsel verabschiedeten ZK-Dokuments „Durchführungsabriss zur Errichtung und Stärkung eines Systems zur Bestrafung und Verhütung von Korruption mit gleichwertiger Gewichtung von Erziehung, institutionellen Mechanismen und Aufsicht“ (vgl. C.a., 2005/1, Dok 14) empfahl Wen Jiabao für die Korruptionsarbeit im Jahr 2005 mehrere Schwerpunkte. Generell gelte es, die Regierungsfunktionen zu straffen, indem Aufgaben, „die nicht von Regierungsinstanzen geleistet werden sollten“ – gemeint sind offenbar Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsregulierung und der Verwaltung von Vermögenswerten aller Art – an Unternehmen, Wirtschaftsverbände und andere intermediäre Organe delegiert würden. Dieser Gedanke ist keineswegs neu, doch zeigt seine Betonung im Rahmen der Korruptionsbekämpfung ein gewisses Bemühen, die strukturellen Ursachen der weit verbreiteten Korruption anzugehen.

An erster Stelle des diesjährigen Maßnahmenkatalogs steht die Reform politischer Entscheidungsmechanismen – ein Thema, das auch in den neuen „Vorschriften für die Arbeit des Staatsrats“ (vgl. Dokumentation oben) eine zentrale Rolle spielt. So sollten zukünftig fachliche Expertise und gesellschaftliche Interessen durch systematische Konsultationsmechanismen stärker als bisher in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Zugleich sollten wichtige politische Entscheidungen frühzeitig durch Anhörungen und gezielte Informationsarbeit öffentlich gemacht werden. Weitere Schwerpunkte der Korruptionsbekämpfung seien die Reform behördlicher Prüfungsverfahren, strukturelle Reformmaßnahmen im Bereich der Verwaltung öffentlicher Haushalte, der Aufsicht über staatliche Investitionsaktivitäten, der Verfügung über staatliche

Vermögenswerte, die Regulierung der Verwaltung von Landnutzungsrechten, der Aufbau persönlicher Verantwortlichkeitssysteme in der Verwaltung sowie die Schaffung größerer Transparenz der Regierungsarbeit. Dieser Rundumschlag, der auch in den einschlägigen Stellungnahmen während der NVK-Jahrestagung widerhallte, lässt die anhaltende Hilflosigkeit der parteistaatlichen Führung erkennen, die sich aufgrund immer neuer Korruptionsskandale herausgefordert sieht, an allen Fronten gleichzeitig zu kämpfen.

Zuletzt brachte im zeitlichen Umfeld der NVK-Jahrestagung eine neue Welle von Korruptionsskandalen im staatlichen Bankensektor die VR China international in die Schlagzeilen. Betroffen waren drei der vier großen Staatsbanken: Den Anfang machte die Bank of China, die den Verlust von Geldern in Höhe von bis zu einer Milliarde RMBY meldete, welche von zwei oder mehr flüchtigen Mitarbeitern von Filialen der Bank in Harbin, Hauptstadt der Provinz Heilongjiang, entwendet worden sein sollen. Als nächste gab die China Construction Bank bekannt, mehrere Angestellte in einer Bankfiliale der Provinz Jilin würden verdächtigt, sich mit Einlagen in Höhe von umgerechnet mindestens 8 Mio. US\$ ins Ausland abgesetzt zu haben. Kurze Zeit später wurde gemeldet, dass der Vorsitzende der China Construction Bank, Zhang Enzhao, seinen Rücktritt erklärt habe, nachdem bekannt wurde, er habe eine Mio. US\$ als Bestechungsgeld von einer US-amerikanischen Bank angenommen. Ende März war die Agricultural Bank an der Reihe, die durch illegale Kollusionspraktiken von Mitarbeitern zweier Filialen in Baotou, Autonome Region der Inneren Mongolei, rund 115 Mio. RMBY verloren hat. Wenige Tage später meldete Xinhua, ein Mitarbeiter der Bank of China in der Provinz Liaoning sei gefasst worden, nachdem er seit 1999 umgerechnet rund 6 Mio. US\$ an Bank-einlagen veruntreut haben soll.

Die jüngste Welle an Korruptionsskandalen im Bankensektor dürfte

sich dadurch erklären, dass mehrere der großen Banken derzeit um den Gang an die Shanghaier oder Hongkonger Börse konkurrieren. Die besten Aussichten werden der Bank of Communications eingeräumt, darauf folgten bislang die China Construction Bank und die Bank of China, deren Bewertung sich im Gefolge der Korruptionsskandale allerdings verschoben haben dürfte. Der Wettbewerb wird durch den Umstand verschärft, dass die fünfjährigen Übergangsbestimmungen nach dem Beitritt Chinas zur WTO im Dezember 2001 sich ihrem Ende neigen und der Bankensektor in absehbarer Zeit mit der direkten Konkurrenz ausländischer Banken auf dem chinesischen Finanzmarkt rechnen muss. (RMRB, 17., 28.2.05; Xinhua, 15., 16., 20., 27.2.05, nach BBC PF, 18., 22., 23.2., 3.3.05; XNA, 15., 27.2., 9., 26.3.05; SCMP, 16., 18., 21.2.05; WSJ, 16.2.05; ST, 18.2., 2., 23., 26.3.05) -hol-

15 Fünf Jahre Entwicklungsstrategie Westchina – Appell für verstärkte „Interaktion zwischen Ost-, Zentral- und Westchina“

Mehrere hochrangige Politiker äußerten sich anlässlich des fünften Jahrestags des Starts der Entwicklungsstrategie für Westchina, die im Herbst 1999 formuliert und seit Beginn 2000 implementiert worden ist, zu Erfahrungen und zukünftigen Plänen für die Entwicklung der Westprovinzen. In „wichtigen Reden“ betonten KPCh-Generalsekretär Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao die hohe politische Priorität der Entwicklungsstrategie.

Grundtenor der Redebeiträge war die Zusage politischer Kontinuität und eines langfristigen Commitment der parteistaatlichen Führung für die Entwicklung der zwölf in das Förderprogramm einbezogenen westchinesischen Provinzen, die in den vergangenen fünf Jahren nach offiziellen Angaben von der Zentralregierung insgesamt knapp eine Billion RMBY an Mittelzuteilungen für Infrastrukturprojekte, Fiskaltransfers und andere Subventio-

nen aus dem zentralen Staatshaushalt bezogen haben (vgl. auch C.a., 2004/11, Ü 13).

Zugleich lassen sich im Vergleich zur ursprünglich unter Jiang Zemin formulierten Konzeption der Entwicklungsstrategie allerdings einige signifikante Akzentverschiebungen beobachten. So soll die zukünftige Schwerpunktsetzung stärker den Vorgaben des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ (*ke-xue fazhanguan*) folgen, das die neue parteistaatliche Führung unter Hu Jintao und Wen Jiabao Anfang 2004 als neue Leitlinie für die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgegeben hatte. Das mit diesem Konzept verfolgte Ziel ist eine „umfassende und koordinierte Entwicklung“ zwischen Stadt und Land und zwischen den verschiedenen Regionen des Landes sowie die gleichzeitige Berücksichtigung von Interessen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der Entwicklung des Menschen und die der natürlichen Umwelt sowie die der binnen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung. Damit greift das Konzept die langjährige Kritik von Ökonomen an einer rein quantitativen Wachstumsstrategie mit ihren negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen auf. Betont wird stattdessen nun – zumindest auf rhetorischer Ebene – ein nachhaltiges qualitatives Wachstum (vgl. C.a., 2004/1, Ü 7).

Dieser neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierung entsprechend scheint man von der Betonung gigantischer Infrastrukturprojekte als dem bisherigen „Markenzeichen“ der Entwicklungsstrategie für Westchina abzurücken. So sollen neben den begonnenen Großprojekten in Zukunft auch verstärkt Infrastrukturprojekte kleiner und mittlerer Dimension gefördert werden, die von unmittelbarem Nutzen für die lokale Bevölkerung sind. Neben der Nutzbarmachung von Ressourcen sollen mehr Maßnahmen zum schonenden bzw. sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zum Einsatz kommen. Vor allem aber soll das Augenmerk stärker als bisher auf einen Ausbau

der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur sowie anderer sozialer Leistungen gelenkt werden, insbesondere mit Blick auf die Probleme der ländlichen Bevölkerung, die unter der neuen parteistaatlichen Führung landesweit Priorität genießt.

In der langen Rede Wen Jiabao ist ferner das große Bemühen auffällig, die ost- und zentralchinesischen Provinzen für eine fortgesetzte forcierte Entwicklung Westchinas zu gewinnen. Vor allem von Seiten zentralchinesischer Vertreter, die sich im regionalen Entwicklungswettbewerb zunehmend als Verlierer sahen, war seit 1999 mehrfach Widerstand gegen die Strategie laut geworden. In impliziter Reaktion auf diesen Widerstand hob der Ministerpräsident nun wiederholt die Vorteile für Zentral- und Ostchina hervor, die die Entwicklung Westchinas mit sich bringe: die Erschließung neuer Märkte, die beschleunigte Anpassung der Industriestrukturen und verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten. Insgesamt schaffe die beschleunigte Entwicklung der Westprovinzen so „neuen Raum für das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft“ ebenso wie das der einzelnen Regionen. So gelte es insbesondere auch den „Aufstieg der zentralchinesischen Region“ (*Zhongbu diqu jueqi*) zu unterstützen, damit diese als Verbindungsglied zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd noch stärker als bisher an den neu geschaffenen Potenzialen partizipieren könne. Unter dem Schlagwort der „Interaktion zwischen Ost-, Zentral- und Westchina“ (*Dong Zhong Xibu hudong*) rief er alle Provinzeinheiten dazu auf, für eine neue Vision gemeinsamer Entwicklung zusammenzuarbeiten und einander mit ihren jeweiligen Stärken zu ergänzen. Es gelte, die Entwicklung Westchinas aus dialektischer Perspektive zu betrachten und sie als strategische Chance für eine wechselseitige Förderung der Entwicklung aller Regionen des Landes zu verstehen.

Schließlich erwähnte Wen Jiabao, dass noch in dieser Legislaturperiode des NVK ein „Gesetz zur Förderung der Entwicklung Westchinas“

auf den Weg gebracht werde. Sollte ein solches Gesetz tatsächlich zur Verabschiedung kommen und die Entwicklung Westchinas als nationale Politik rechtlich verankert werden, so könnten damit theoretisch auch die Grundlagen für eine Institutionalisierung interregionaler Finanztransfers geschaffen werden, wie sie bislang nicht durchgesetzt werden konnten. Ob eine solche langfristige Solidarität zwischen den verschiedenen Regionen Chinas im Stile eines über Jahrzehnte angelegten chinesischen „Aufbau West“ auch in der politischen Praxis umzusetzen sein würde, steht allerdings auf einem anderen Blatt. (RMRB, 5., 6.2.05; Xinhua, 4., 5.2.05, nach BBC PF, 7., 8.2.05) -hol-

16 Geplante Reformen im Justizsystem

Im Zeichen eines besseren Schutzes der Menschenrechte, der von internationaler Seite seit Jahren eingefordert wird, haben Vertreter des Obersten Gerichtshofs und des Justizministeriums für das Jahr 2005 weitere Reformschritte im Justizsystem angekündigt.

Nachdem die chinesische Führung in den zurückliegenden Jahren Reformfolge auf den Gebieten des Rechtsbewusstseins der Bevölkerung, staatlicher Rechtshilfen für Bedürftige, der strikteren Umsetzung von Verfahrensstandards in Gerichtsprozessen sowie im Bereich der fachlichen Qualifizierung von Richtern und Rechtsanwälten für sich in Anspruch genommen hat, sollen nun Reformen in zwei Bereichen folgen, die im Mittelpunkt der internationalen Kritik an Menschenrechtsverletzungen in China stehen – Todesstrafe und Administrativhaft.

Nachdem die Todesstrafe in Kreisen chinesischer Rechtsexperten bereits im Jahr 2002 auf den Prüfstand geraten war (vgl. C.a., 2002/7, Ü 16), soll im Oktober dieses Jahres nun im Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses eine Gesetzesänderung beraten werden, die zum Ziel hat, die exzessive und willkürli-

che Verhängung der Todesstrafe zu begrenzen. Wie Ministerpräsident Wen Jiabao am Rande der NVK-Jahrestagung argumentierte, sei in China angesichts der „Lage der Nation“ an eine Abschaffung der Todesstrafe, die immerhin noch in rund der Hälfte aller Staaten weltweit als höchstes Strafmaß vorgesehen sei, vorerst nicht zu denken. Allerdings müsse in Zukunft sichergestellt werden, dass die Todesstrafe „in vorsichtiger und gerechter Weise“ verhängt werde.

Im Zuge einer Intensivierung der Kriminalitätsbekämpfung war Provinzgerichten im Jahr 1983 per Gesetz gestattet worden, im Fall von Gewaltdelikten wie Mord, Vergewaltigung oder Raubüberfällen eigenständig über die Verhängung der Todesstrafe zu entscheiden. Nur in politisch oder anderweitig sensitiven Fällen behielt sich der Oberste Gerichtshof das letzte Entscheidungsrecht vor. Die Folge war eine zunehmend exzessive Anwendung der Todesstrafe durch Provinzgerichte nach jeweils eigenen Standards und Strafmaßkatalogen. Zwar wird die Gesamtzahl der in China vollzogenen Hinrichtungen nicht offiziell bekannt gegeben, doch gehen, wie in der internationalen Presse vielfach betont, Menschenrechtsorganisationen davon aus, dass in der Volksrepublik jährlich mehr Menschen exekutiert werden als in allen anderen Staaten der Welt zusammen.

Nach den vorliegenden Gesetzgebungsplänen, die bereits im Herbst 2004 bekannt wurden (vgl. C.a., 2004/11, Ü 12) und zuletzt durch den Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs, Xiao Yang, detailliert wurden, solle durch verbesserte Berufungsverfahren erreicht werden, dass die willkürliche Anwendung der Todesstrafe auf Provinzebene eingedämmt werde. Dazu plane man, die Revision künftig nicht mehr den Provinzgerichten selbst zu überlassen, sondern alle Todesurteile regulär durch den Obersten Volksgerichtshof prüfen zu lassen. Allerdings müssten hierfür erst die personellen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Außerdem werde erwogen,

Todesstrafen in Zukunft häufiger als bisher zur Bewährung auszusetzen. Insgesamt gelte es, in Verfahrensfragen ebenso wie bei der Anwendung dieses höchsten Strafmaßes strengere Kontrollmechanismen zum Einsatz zu bringen.

Auch die Strafform der Administrativhaft – besser bekannt durch die Bezeichnung „Umerziehung durch Arbeit“, die bislang ohne Gerichtsprozess für bis zu vier Jahre verhängt werden konnte – soll gesetzlich reformiert, allerdings keineswegs abgeschafft werden, wie dies internationale Menschenrechtsorganisationen seit Jahren fordern, da sie darin ein außergerichtliches Willkürinstrument politischer Repression sehen. Wie einer offiziellen Stellungnahme des stellvertretenden Direktors des Forschungsinstituts des Justizministeriums, Wang Gongyi, Mitte März zu entnehmen war, plane man, das bisher gültige, 1957 verabschiedete sowie 1979 und 1982 revidierte Gesetz durch ein neues „Gesetz zur Korrektur ungesetzlichen Verhaltens“ (*Weifa xingwei jiaozhi fa*) zu ersetzen, das ab April im Ständigen Ausschuss des NVK beraten und nach Möglichkeit in der zweiten Jahreshälfte 2005 verabschiedet werden solle.

Der Kern der Reform soll auch hier in erleichterten Revisionsverfahren liegen: Konnte bislang nur Berufung innerhalb des Behördenapparats eingelegt werden, nachdem die Administrativhaft angetreten worden war (so weit bekannt, in den allermeisten Fällen ohne Erfolg), so sollten die Betroffenen in Zukunft bereits vorab in die Lage versetzt werden, eine Überprüfung durch übergeordnete administrative Stellen zu verlangen. Wenn diese die Revision ablehnten, solle den Beschuldigten freigestellt werden, einen Gerichtsprozess gegen die administrative Entscheidung anzustrengen. Wang Gongyi bezeichnete diese gerichtliche Revisionsmöglichkeit als „fundamentalen Systemwandel“, räumte jedoch zugleich ein, dass die Gerichte vor einer Überlastung durch solche Administrativhaft-Verfahren geschützt werden müssten.

Neben diesen Verfahrensfragen solle auch der Vollzug der Administrativhaft reformiert werden. So sei vorgesehen, die Haftdauer von maximal vier Jahren (3 Jahre + 1 Jahr Verlängerung) auf einen Zeitraum von 6 bis 18 Monaten zu verkürzen. Ferner sollten die organisatorischen Voraussetzungen für einen offenen bzw. halboffenen Vollzug der Administrativhaft geschaffen werden, der Häftlingen je nach Schwere des Vergehens ermöglichen solle, einer Beschäftigung bzw. Freizeitaktivitäten außerhalb der Haftanstalt nachzugehen.

Rechtsexperten und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass von dem geplanten legislativen Reformschritt in der Realität nur eine sehr begrenzte Wirkung zu erwarten sei, da die zuständigen Entscheidungsinstanzen ebenso wie die jahrzehntelang bestehenden Routinen weiterhin die selben seien. Solange die Polizei befugt sei, Administrativhaftstrafen zu verhängen, könne die Willkür auf diesem Gebiet kaum eingedämmt werden.

Dennoch ist das Bemühen der parteistaatlichen Führung anzuerkennen, die im März 2004 getroffene konstitutionelle Zusage eines Schutzes der Menschenrechte schrittweise einzulösen. Auch wenn zu erwarten ist, dass zwischen formaljuristischem Anspruch und justizieller Wirklichkeit weiterhin eine tiefe Kluft besteht, wird die vage Verfassungszusage durch die neuen gesetzlichen Regelungen im konkreten Fall einklagbar. (XNA, 22.2., 14.3.05; SCMP, 21.3.05; IHT, 10.3.05; HB, 10.3.05) -hol-

17 Gewaltfusion statt Gewaltenteilung: Hubeis radikaler Vorstoß in der Reform der Gemeindeverwaltungsorgane

Wie Mitte März in der *China Youth Daily* berichtet wurde, plant die Provinz Hubei im Rahmen der landesweiten Reformbemühungen zum Abbau der Verwaltungsapparate auf Gemeindeebene einen radikalen Vorstoß zur „umfassenden

den Konsolidierung“ (*zonghe peitao*) der Gemeindeverwaltungsorgane. Begründet wird die Reform mit dem prioritären Ziel der Zentralregierung, die finanziellen Lasten der ländlichen Bevölkerung zu reduzieren, die zu einem Großteil durch Verwaltungskosten entstehen.

Zum Zweck administrativer Effizienzsteigerung und Personaleinsparung sollen die kommunalen Führungsorgane von Partei, Regierung und Volkskongress durch systematische Personalunionen zusammengeschlossen, parallele Ressortstrukturen fusioniert und die Verwaltungen insgesamt verschlankt werden. Die Politischen Konsultativkonferenzen auf Gemeindeebene sollen gänzlich abgeschafft werden. Die geplanten Reformmaßnahmen, mit deren Umsetzung zunächst in sieben Pilotgemeinden der Provinz begonnen wird, stießen unter einzelnen chinesischen Wissenschaftlern auf große Skepsis, die darin den Abschied von Bemühungen einer Gewaltenteilung zwischen KPCh, Exekutive und Legislativorganen und der Etablierung demokratischer Selbstverwaltungsstrukturen an der ländlichen Basis erkennen.

Konkret ist vorgesehen, dass der Parteisekretär einer Gemeinde zugleich als Bürgermeister fungiert. Drei stellvertretende Parteisekretäre sollen in Personalunion jeweils die Ämter eines stellvertretenden Bürgermeisters, des Vorsitzenden des Gemeindevolkskongresses und des Leiters der lokalen Disziplinarkommission der Partei übernehmen. Andere Mitglieder des lokalen Parteikomitees sollen die Leitung der Organisations- und Propagandaabteilung sowie die Aufsicht über die bewaffneten Sicherheitskräfte (angesichts der steigenden Zahl gewalttätiger Proteste eine zunehmend wichtige Kompetenz) führen.

Darüber hinaus ist geplant, von Partei und Regierung bislang parallel geführte Ressorts zu fusionieren und die Verwaltungsstruktur nach funktionalen Effizienzgesichtspunkten zu verschlanken. Je nach Größe der Gemeinde soll das kommunale Verwaltungspersonal eine Obergrenze von

45, 40 bzw. 30 Stellen nicht überschreiten. Abgesehen von Kernressorts wie Bildung, Gesundheit und Finanzen sollen bisherige Verwaltungsfunktionen schrittweise an öffentliche Dienstleister und intermediäre Organe delegiert werden. In den Bereichen der Justiz, der Ressourcenverwaltung und des Verkehrs hingegen sollen administrativ übergeordnete Instanzen auf Kreisebene die Verwaltungsautorität über die Gemeinden ihres Verwaltungsbezirks erhalten. Schließlich sollen die Stellen des öffentlichen Dienstes in Zukunft ausschließlich durch offene und kompetitive Ausschreibungsverfahren besetzt werden. Insgesamt sollen die Maßnahmen einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, innerhalb von drei Jahren den Anteil der durch öffentliche Mittel finanzierten Arbeitsplätze an der Gesamtbevölkerung der Provinz von gegenwärtig 2,36% auf 2% zu senken.

Das anvisierte System einer Überlappung von Führungsstrukturen in Partei, Regierung und Volkskongress durch Personalunionen (*dang zheng renda jiaocha jianzhi*) ist in der Praxis bereits weit verbreitet. Auch auf den Ebene der Provinzen und Städte finden sich faktisch zahlreiche Personalunionen zwischen diesen drei Organen, wobei hier nicht so sehr Effizienzüberlegungen eine Rolle spielen als vielmehr der dezidierte Anspruch politischer Kontrolle von Exekutive und Legislative durch die KPCh.

Eine formale Institutionalisierung dieser Praxis wird jedoch von einzelnen chinesischen Kommentatoren als falsches politisches Reformsignal gewertet, da sie im Widerspruch zum Prinzip der Gewaltenteilung stehe, wie sie ansatzweise konstitutionell verankert und seit den 1980er Jahren praktisch verfolgt worden sei. Probleme ergäben sich insbesondere im Hinblick auf die erhoffte Einführung von freien Volkswahlen und Selbstverwaltungskompetenzen auf Gemeindeebene, wie sie von Teilen befürwortet wird. Eine regelmäßige Besetzung der (stellvertretenden) Bürgermeisterämter durch (stellvertreten-

de) Parteisekretäre würde im Widerspruch zu der für diese Ämter anvisierten freien Wahlen stehen und starke Anreize für einen Einsatz manipulativer Praktiken durch Parteifunktionäre schaffen, um im Zweifelsfall das nötige Mandat der Wähler für sich zu gewinnen.

Angesichts des faktisch bestehenden Kontrollmonopols der KPCh über alle anderen staatlichen Organe ließe sich allerdings auch umgekehrt argumentieren, dass die geplanten Reformmaßnahmen im Zusammenhang mit einer möglichen Ausweitung demokratischer Wahlen von der Dorf- auf die Gemeindeebene dazu beitragen könnte, die politische Verantwortlichkeit der Parteifunktionäre zu stärken. Denkbar wäre etwa, dass zukünftig regelmäßig nur solche Funktionäre zu (stellvertretenden) Parteisekretären aufsteigen könnten, die sich per Volkswahl als qualifizierte Kommunalpolitiker bewährt haben. Wenn auch weiterhin mit Missbrauchspraktiken zu rechnen wäre, könnte der eingeschlagene Weg der Gewaltenfusion generell doch zu einem Einfallstor für Erwartungen demokratischer Verantwortlichkeit auch in den Reihen der KPCh werden. (*Zhongguo Qingnian Bao*, 17.3.05; *Zhongguo Jingji Shibao*, 18.3.05, beide abrufbar unter www.chinaelections.org (mit engl. Übersetzung); BR 2004/14, 8.4.04, S. 28/29) -hol-

18 Tod von 210 Bergarbeitern bei schwerem Minenunglück in Liaoning

Die Unfallstatistik im Kohlebergbau der VR China erreichte einen neuen tragischen Höhepunkt. Nur drei Monate nach dem mit 166 getöteten Bergarbeitern schwersten Grubenunglück in den vergangenen Jahren in der Provinz Shaanxi kamen am 14. Februar 2005 in der Stadt Fuxin in der nordostchinesischen Provinz Liaoning bei einer Gasexplosion 214 Bergarbeiter ums Leben, 30 weitere wurden verletzt (vgl. C.a., 2004/11, Ü 16).

Zum Zeitpunkt des Unglücks arbeiteten insgesamt 574 Bergarbeiter im

Sunjiawan-Kohlebergwerk der Fuxin Coal Industry Group – 238 von ihnen unter Tage. Damit starben seit Oktober 2004 innerhalb von vier Monaten allein bei den drei schwersten Minenunglücken in Folge über 500 Menschen, kleinere Unfälle nicht hinzugezählt. In den zwei Minen des Kohlebergwerks Sunjiawan sind insgesamt 3.100 Bergleute beschäftigt. In der Haizhou-Kohlemine, in der sich das Unglück ereignete, werden nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua jährlich 1,5 Mio. Tonnen Kohle gefördert.

Im Vergleich zu den offiziellen Statistiken aus dem Jahr 2003 sank die Zahl der bei Minenunglücken getöteten Bergarbeiter nach staatlichen Angaben zwar um 6%, sodass die Zahl im Jahr 2004 bei nunmehr 6.027 lag, trotzdem beläuft sich die Zahl der Toten bei Unglücken in Kohlegruben gemäß der Staatlichen Verwaltung für Produktionssicherheit auf 80% der weltweiten Todeszahlen. Als wichtiger Grund muss der besonders große Energiebedarf genannt werden, der sich aus dem enormen Wirtschaftswachstum ergibt. Kohle deckt zu zwei Dritteln den Energiebedarf und liefert 80% der Elektrizität der VR China. Derzeit produziert das Land 1,7 Mrd. Tonnen Kohle pro Jahr, was einem Zuwachs von 54% seit 1999 entspricht. Von einer weiteren Steigerung ist angesichts des zunehmenden Energiebedarfs auszugehen.

Neben der großen Förderungsmenge machen Experten für Sicherheit im Bergbau die fehlende Automatisierung bei der Förderung von Kohle, schlechtes Arbeitsgerät und unqualifizierte Bergarbeiter, die oftmals als Migranten von armen ländlichen Gegenden über keine entsprechende Ausbildung verfügen, für die hohe Zahl an Todesopfern im chinesischen Kohlebergbau verantwortlich: „China's mines had often changed little from the 19th century and many were little more than hillside pits“ (SCMP, 16.2.05).

Wie bereits bei den schweren Grubenunglücken im Oktober und November 2004 (vgl. C.a., 2004/10, Ü 17; 2004/11, Ü 16) bemühte

sich die Regierung auch dieses Mal um schnellstmögliche Aufklärung der Unfallursache und die Bergung der verunglückten Bergarbeiter, die wiederum vom Generalsekretär des Staatsrats, Hua Jianmin, persönlich überwacht wurde. Unter der Leitung von Wang Xianzheng, dem Direktor des Staatlichen Verwaltungsamtes für Produktionssicherheit, beauftragte der Staatsrat am 17. Februar ein fünfköpfiges Expertenteam, zu dem auch der Provinzgouverneur von Liaoning, Zhang Wenyue, und der Provinzpartei sekretär, Li Keqiang, zählen, mit der Aufklärung der Unfallursache. Der Vizegouverneur der Provinz Liaoning und Verantwortliche für die Produktions- und Arbeitssicherheit, Liu Guoqiang, wurde nach einer Entscheidung des Staatsrats am 23. Februar von seinem Amt suspendiert.

Um die Bedeutung der Arbeitssicherheit in Kohleminen zu unterstreichen, beschloss der Staatsrat zugleich, das „Staatliche Amt für Überwachung der Produktionssicherheit“ von einem der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel unterstellten Amt, das eine halbe Rangstufe unter der Ministerialebene ist, zum eigenständigen „Staatlichen Überwachungssamt für Produktionssicherheit“ zu erheben, einem Staatsratsorgan auf Ministerialebene. Des Weiteren soll diesem neuen Amt das neu gegründete „Staatliche Amt für Überwachung der Sicherheit in Kohleminen“ unterstellt werden. Die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform gab am 18. März außerdem bekannt, dass ein Koordinationsbüro für elf Ministerien, anderen Staatsratsorganen und der Zentralregierung unterstellten Institutionen geschaffen wurde. Wie die Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* berichtete, habe die Propagandaabteilung der Provinz Liaoning lokale Medien unterdessen angewiesen, nur die Informationen der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua für ihre Berichterstattung zu verwenden. Ferner soll ihnen der Zugang zum Unfallort untersagt worden sein.

Die staatlichen Medien sind unterdessen ebenso darum bemüht, das harte Vorgehen gegen die Verantwortlichen früherer Minenunglücke kund zu tun. So berichtete Xinhua, dass fünf Verantwortliche für die Gasexplosion in der Daping-Kohlemine in Henan im Oktober 2004, bei der 148 Bergarbeiter starben, im Januar 2005 wegen des Vorwurfs der Fahrlässigkeit angeklagt worden seien. Der Vizegouverneur von der Provinz Henan, Shi Juchin, sei als Verantwortlicher für die Sicherheit in der Industrie der Provinz vom Staatsrat verwarnt worden. Ferner seien im Jahr 2004 insgesamt 453 Personen in der nordchinesischen Provinz Hebei wegen der Verursachung oder der „nicht Vermeidung“ von Unglücken im Kohlebergbau vom Provinzbüro bestraft worden. Zu den verhängten Strafen zählten Disziplinarverfahren innerhalb der KPCh und strafrechtliche Verfolgung.

In der Vergangenheit versprachen staatliche Behörden nach größeren Minenunglücken immer wieder strengere Vorschriften, beispielsweise zur Sicherheitsüberprüfung, und Modernisierungsprogramme. Auch initiieren sie immer wieder Untersuchungskommissionen und schließen Kohleminen, bei denen die Produktionssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, wie jüngst in der Autonomen Region Xinjiang. Bislang lässt sich jedoch keine Verbesserung der Problematik erkennen. Zu häufig sind bei lokalen Minenbetreibern und Behörden Mängel bei der Durchführung bzw. Überwachung der neuen Regelungen festzustellen. Eine freie lokale Medienberichterstattung über Unfälle im Kohlebergbau, wie sie auch im jüngsten Fall unterbunden wurde, erschiene hier als ein probateres Mittel, den öffentlichen Druck auf eine Umsetzung der Vorschriften zu erhöhen. (XNA, 15., 16., 17., 18.2., 13., 18.3.05; Xinhua, 22.2.05, nach BBC PF, 24.2.05; SCMP, 15., 16., 22.2.05; ST, 16.2.05; RMRB online, 18., 24.2.05) -kw-

19 Jiao Guobiao von seiner Journalistik-Professur an der Beijing-Universität entbunden

Während eines Forschungsaufenthaltes in den USA ist Jiao Guobiao, Autor eines Pamphlets gegen die ZK-Propagandaabteilung, das seit dem Frühjahr 2004 inner- und außerhalb Chinas weite Verbreitung gefunden und weltweit für Aufsehen gesorgt hatte (s. C.a., 2004/5, S. 500-514), Mitte März zum „freiwilligen Rücktritt“ von seiner Professur für Journalistik an der renommierten Beijing-Universität aufgefordert worden. Damit handelt es sich um den vorläufigen Höhepunkt der Repressalien, die seit Erscheinen des Pamphlets von Seiten der Hochschulleitung und der parteistaatlichen Führung gegen Jiao Guobiao eingesetzt worden sind.

Seinen eigenen Angaben zu Folge wurde Jiao Guobiao im September 2004 von der Lehre an der Beijing-Universität und kurz darauf auch von der Betreuung von Examensarbeiten suspendiert. Ferner wurde Verlagen und der staatlichen Presse untersagt, Bücher, Artikel und andere Publikationen dieses Autors herauszubringen. Nach der Rückkehr von einem USA-Besuch im Dezember 2004 erwartete ihn eine Versetzung auf eine Stelle am Forschungszentrum für klassische Dokumentenarchive der Universität, die er sich jedoch weigerte anzutreten.

Nachdem er eine Einladung für einen halbjährigen Forschungsaufenthalt am US-amerikanischen National Endowment for Democracy erhalten hatte, übte die Hochschulleitung zunehmend Druck auf ihn aus, um ihn von der Ausreise abzuhalten. In Reaktion auf diese Eskalation verfasste Jiao Guobiao daraufhin Anfang März ein erbittertes Protestschreiben an die Hochschulleitung, das – wie bereits sein Pamphlet gegen die ZK-Propagandaabteilung – als offener Brief im Internet kursierte. Darin kündigte er an, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Repressalien zur Wehr zu setzen und

standhaft für die Pressefreiheit in China zu kämpfen. Ferner drohte er an, sich an renommierte Kooperationspartner der Beijing-Universität in den USA und Großbritannien mit der Bitte um Unterstützung zu wenden und gegebenenfalls das internationale Image der Beijing-Universität in Frage zu stellen. Ferner plane er, eine Unterschriftenkampagne unter Dozenten und Studenten der Hochschule zu starten sowie Petitionen an verschiedene staatliche Aufsichtsorgane zu verfassen. Auch wenn ihm bewusst sei, dass er als Einzelner kaum etwas auszurichten vermöge, wolle er dennoch ohne Rücksicht auf persönliche Härten bis zum Ende Widerstand leisten.

Die Aufforderung zum „freiwilligen Rücktritt“, die faktisch einer Entlassung gleichkommt, erhielt Jiao Guobiao postwendend an seine Beijinger Anschrift, nachdem er am 16. März in die USA ausgereist war. In Interviews erklärte er, dass er sich diesem Schritt nicht beugen wolle und nach seiner Rückkehr nach China für seinen Lehrstuhl an der Beijing-Universität kämpfen wolle. Am Beispiel seiner Person solle damit offenbar werden, dass die „in den vergangenen Jahrzehnten gegenüber den Intellektuellen verfolgte Politik bankrott“ sei. Bis dahin plane er, sich im Rahmen seines halbjährigen Aufenthaltes am National Endowment for Democracy einem Forschungsprojekt zum chinesischen Medienwesen zu widmen, welches er insbesondere im historischen Vergleich mit der Medienpolitik der Guomindang, der deutschen Nationalsozialisten und der kommunistischen Führung in der Sowjetunion zu untersuchen beabsichtige.

Angesichts dieser fundamentalen Kampfansage dürfte die parteistaatliche Führung vieles daran setzen, eine Rückkehr Jiao Guobiaos nach China zu verhindern. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass ihm mittelfristig keine andere Wahl bleiben wird, als sich – wie vor ihm auch andere kritische Akademiker – in die oftmals unfreiwillige Gemeinschaft exilierter Dissidenten einzureihen. Auch wenn diese von

der chinesischen Führung als demobilisierte Opposition betrachtet wird, scheint ihre politische Schlagkraft allmählich anzuwachsen. Mit Jiao Guobiao dürfte sie einen scharfzüngigen Vertreter hinzugewinnen. (*Yazhou zhoukan*, 25.3.05, *Xin shiji*, 25.3.05, nach www.chinesenews.net.com, 26.3.05; www.zonaeuropa.com/20050328_3.htm; www.rfa.org, 29.3.05) -hol-

20 Uighurin Rebiya Kadeer aus der Haft entlassen

Wenige Tage vor dem Besuch der US-amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice in Beijing ist die uighurische Geschäftsfrau Rebiya Kadeer, für deren Freilassung sich internationale Menschenrechtsorganisationen und Regierungen seit mehreren Jahren eingesetzt hatten, am 17. März „aus gesundheitlichen Gründen“ aus der Haft entlassen worden. Ihr wurde die Ausreise in die USA gestattet, um sich dort einer medizinischen Behandlung zu unterziehen.

Frau Kadeer war im August 1999 verhaftet und im März 2000 wegen „illegaler Verbreitung von Staatsgeheimnissen“ zu acht Jahren Haft verurteilt worden, die sie seither in einem Gefängnis in Urumqi, Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, verbüßte. Die heute 58-Jährige, Mutter von elf Kindern, war als Leiterin eines Kaufhauses in Urumqi Mitte der 1990er Jahre zu einer der erfolgreichsten Unternehmerinnen Chinas und international bekannten Persönlichkeit aufgestiegen. Dank ihres Engagements zur Förderung von Existenzgründungen durch chinesische Unternehmerinnen wurde ihr ein Abgeordnetensitz im Nationalen Volkskongress zuerkannt; 1995 wurde sie außerdem als offizielle Vertreterin Chinas auf den in Beijing tagenden Weltfrauenkongress entsandt.

Seit 1996 geriet sie jedoch unter wachsenden politischen Druck, nachdem ihr Ehemann 1996 in die USA geflohen war. Ihr Abgeordnetensitz wurde ihr entzogen, als sie sich weigerte, sich von ihrem Mann

scheiden zu lassen. Ihre Verhaftung im August 1999 erfolgte anlässlich einer Verabredung mit dem Mitglied einer Delegation des US-amerikanischen Kongresses in Urumqi, dem sie „Staatsgeheimnisse“ in Gestalt von Zeitungsausschnitten übermittelt haben soll.

Seither haben sich internationale Menschenrechtsgruppen für Frau Kadeer eingesetzt. Im Jahr 2000 erhielt sie für ihren Einsatz für die uighurische Bevölkerung eine Auszeichnung der Organisation Human Rights Watch; Anfang 2005 wurde sie für den Friedensnobelpreis nominiert. US-amerikanische Politiker forderten an prominenter Stelle regelmäßig ihre Freilassung. Nach der jüngsten Ausreise Rebiya Kadeers in die USA dürfte einem permanenten Aufenthalt dort kaum im etwas im Wege stehen. (ST, 18.3.05; WSJ, 24.3.05; www.amnesty.org, 17.3.05) -hol-

Bildung und Wissenschaft

Günter Schucher

21 Bildungsministerium veröffentlicht Statistik für 2004

Das Bildungsministerium hat am 1. März die Zahlen für die Entwicklung im letzten Jahr veröffentlicht und dabei mit einem gewissen Stolz auf die positive Entwicklung verwiesen. So erreicht die 9-jährige Pflichtschule bereits 93,6% der Bevölkerung, noch 1,8% mehr als im Vorjahr. Allerdings liege die Quote der Schulabbrecher in der unteren Mittelschule (7.-9. Klasse) immer noch bei 2,49%, d.h. 2 Mio. Schüler haben im letzten Jahr die Schule vor Ende der 9. Klasse verlassen.

Obwohl damit auch das Ministerium auf den wesentlichen Schwachpunkt seiner Statistik hinweist, halten Bildungsexperten auch diese Angaben noch für zu positiv. Nach einer Schätzung von Marianne Bastid-